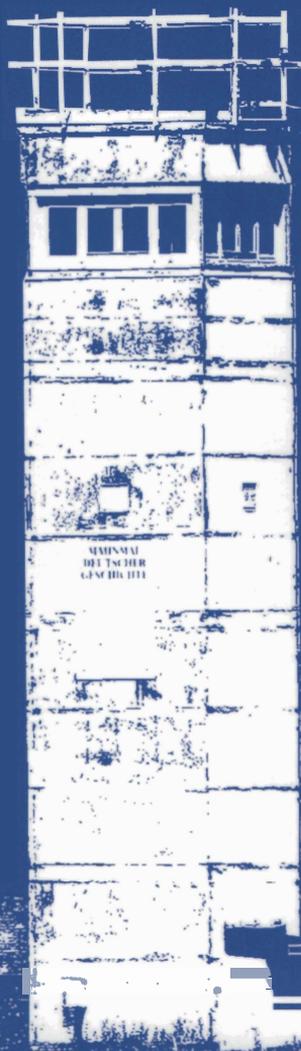


Schriftenreihe Point Alpha, Band 2

Schlachtfeld Fulda Gap

Dieter Krüger
(Hrsg.)

Strategien und
Operationspläne
der Bündnisse im
Kalten Krieg



Die DDR und ihre Aufgabe im Warschauer Pakt

von

Torsten Diedrich

Die Landesverteidigung eines Staates umfasst alle Maßnahmen zu seiner äußeren und inneren Sicherheit. Ihr Aufbau und ihre Entwicklung werden durch die militärgeographische Lage, die Militärdoktrin bzw. das strategische Konzept, die Wirtschaftskraft und die politische und gesellschaftliche Verfasstheit des Landes bestimmt¹. Das militärstrategische Interesse der UdSSR an der DDR war wesentlich größer als nur an einer funktionstüchtigen Armee in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes. Die Sowjetunion als dominierende Kraft im Warschauer Pakt hatte drei wesentliche militärische Interessen am deutschen Teilstaat:

- ein militärgeographisches
- ein militärisches und
- ein militärökonomisches.

Militärgeographisch gesehen, lag die DDR an der Grenze zum NATO-Gebiet und in der angenommenen Hauptstoßrichtung der NATO-Kräfte auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Der deutsche Überfall von 1941 hatte in der sowjetischen Führung ein anhaltendes Trauma hinterlassen. Der ostdeutsche Staat schirmte mit seinem Territorium einen befürchteten überraschenden Angriff des Westens unmittelbar auf das Gebiet der UdSSR und über die Ostsee ab. So stellte die DDR im strategischen Denken der Sowjetunion das Operationsfeld zur Abwehr eines NATO-Angriffs und das Durchmarsch- und Versorgungsgebiet für den Gegenstoß der Vereinten Streitkräfte des Paktes auf dem Westeuropäischen Kriegsschauplatz dar, der in Moskau als der Hauptkriegsschauplatz in Europa angesehen wurde, weil hier die militärisch stärksten Kräfte beider Paktsysteme, die nach den USA

stärksten politisch-administrativen, militärischen und ökonomischen Basen des Westens lagen.

Außerdem befürchtete die NATO, dass die vom ostdeutschen Territorium aus gut erreichbaren beiden militärgeographischen Schwachstellen der westlichen Verteidigung nördlich und südlich des Harzes von den Pakt-Truppen günstige Möglichkeiten einer großräumigen Operation ermöglichte². An der Grenze zu Niedersachsen bot die Lüneburger sowie die Colbitz-Letzlinger Heide ebenso wie das „Fulda Gap“, die Senke bei Fulda in Osthessen, aus amerikanischer Sicht ein optimales Terrain für den Vorstoß der Truppen des Warschauer Paktes mit ihren Panzermassen³. Dementsprechend hoch waren die Truppenkonzentration und die militärischen Vorbereitungen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“. Im Fulda Gap richtete sich ein besonderes Augenmerk der Amerikaner auf die 8. Sowjetische Gardedee, deren Regimenter zwischen Halle und Meiningen stationiert waren.

Der Westliche Kriegsschauplatz in der sowjetischen Militärdoktrin

Die sowjetische Militärstrategie unterteilte die Welt in strategische Regionen und Kriegsschauplätze. Strategische Räume waren beispielsweise Nord- und Südamerika, Australien, Afrika und die Antarktis. Diese waren im militärischen Denken des Generalstabs von nicht unmittelbarem sowjetischem Interesse. Nähere und damit kriegsrelevantere Gebiete wurden in Kriegsschauplätze (*Teatr Voini* (TV)) unterteilt. Neben den vier ozeanischen TV (Atlantik, Stiller, Indischer und Arktischer Ozean) teilte sich Europa in drei; den nordwestlichen oder skandinavischen, den westlichen oder zentraleuropäischen und den südwestlichen oder südeuropäischen Kriegsschauplatz. Diese Unterteilung ähnelte westlichen Auffassungen, die die Northern, Central, Southern Region betrachteten. Die Ostsee und das Mittelmeer waren hierin als Seekriegsschauplätze integriert.

Der Westliche Kriegsschauplatz, der hier im Zentrum der Betrachtung steht, erstreckte sich fast über das ganze westliche Europa. Er galt, weil sich hier die schlagkräftigsten Koalitionstruppen gegenüberstanden, für Moskau als der Hauptkriegsschauplatz, auf dem eine mögliche militärische Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme entschieden werden würde. Insgesamt ging die sowjetische Militärstrategie bis Anfang der 1980er Jahre davon aus, dass Angriffsoperationen in die Tiefe des gegnerischen Raumes kriegsentscheidend seien. Diese Erkenntnis rührte ebenso aus dem Überfallstrauma von 1941. Das Heft des Handelns sollte unmittelbar nach Kriegsausbruch von den Vereinten Streitkräften (VSK) des War-

schaer Paktes übernommen, die Kampfhandlungen auf NATO-Gebiet getragen und der Feind hier vernichtet werden. Unter Einsatz aller Kräfte und Mittel, also auch von Nuklearschlägen, beabsichtigten die Vereinten Streitkräfte unter sowjetischem Oberkommando die gegnerischen Kräftegruppierungen zu vernichten, einzelne Staaten aus der NATO herauszubrechen und die französische Atlantikküste zu erreichen, noch bevor die USA und Großbritannien ihre Hauptkräfte auf das europäische Festland zu bringen vermochten. Nicht grundlos wurde die sowjetische Militärstrategie vom Westen als aggressiv angesehen.

Dem Kriegsschauplatz als solchem kam im operativen Verständnis des Paktes große Bedeutung zu. Hier galt es, bereits im Frieden alle militärischen, ökonomischen und logistischen Vorbereitungen für den erfolgreichen Einsatz der Streitkräfte und zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Operationsgebietes zu schaffen. Das reichte von militärgeographischen und meteorologischen Analysen des Operationsgebietes, der Aufklärung des Gegners über die Planung des eigenen operativen Verhaltens im Gelände bis hin zur logistischen Erschließung der Nachschubwege und der Sicherung der Kriegsproduktion und Zulieferung im Operationshinterland. Dazu musste neben der ständigen Gefechtsbereitschaft der eigenen Truppen die ständige Beobachtung des gegnerischen Territoriums und der dortigen Einheiten erfolgen und zugleich das eigene Operationsterritorium umfassend auf den Kriegsfall vorbereitet werden.

Für die sowjetischen Militärstrategen war die Auseinandersetzung der beiden Militärbündnisse auf deutschem Gebiet von kriegsentscheidender Bedeutung. Zur Abwehr des befürchteten NATO-Angriffs, von dem man annahm, dass er wahrscheinlich in Deutschland beginnen und hier seinen Schwerpunkt haben würde, sowie für den Hauptgegenstoß auf dem westlichen Kriegsschauplatz war in der DDR das Gros der 1. Strategischen (operativen) Staffel der Paktruppen mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und der NVA stationiert.⁴ Im Kriegsfall hätten hier in den ersten Tagen sofort 10 Armeen und 1 Armee Korps mit mindestens 36 aktiven und 5 Mob.-Divisionen bereitgestanden⁵. Die 1. Staffel hatte die Aufgabe, einen NATO-Angriff abzuwehren und die Voraussetzungen für den Übergang zum Angriff der Paktruppen zu schaffen. Gemeinsam mit der 1. Staffel sollte ab dem 3. Operationstag die 2. Strategische Staffel mit den Hauptkräften der VSK aus sowjetischen und polnischen Armeen in den Kampf eingeführt werden. Die Kräftebasis der 2. Staffel stellten die Nordgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Polen, die östlichen Polnischen Militärbezirke⁶ sowie die sowjetische Militärbezirke Weißrussland (2. Westfront⁷) und Karpaten (2. Südwestfront) in südwestlicher Richtung⁸.

Vom Territorium der DDR aus waren nach allgemeinen sowjetischen Planungen zwei Operationen der Vereinten Streitkräfte vorgesehen. Als Hauptstoß geht aus den meisten Übungslagen das Vorgehen der Zentralfront (auch als 1. Westfront bezeichnet) hervor. Der Angriff der Zentralfront war mit der 2. Garde-Panzerarmee (GSSD) aus dem Raum Fürstenberg, der 3. Armee (GSSD) aus dem Raum Magdeburg, der 8. Gardearmee (GSSD) aus dem Raum Weimar sowie der 1. Garde-Panzerarmee (GSSD) aus dem Raum Dresden in der ersten Reihe vorgesehen. Dahinter lagen in der DDR nordöstlich die 20. Armee (GSSD) im Raum Eberswalde und südöstlich die 3. Armee der NVA. Der Vormarsch der mindestens 20 Divisionen unter sowjetischem Oberbefehl zielte auf das Ruhrgebiet und Lothringen. Dem Frontbefehlshaber unterstanden zudem Spezialeinheiten sowie die 16. (24.) Luftarmee der GSSD und die Kräfte des Diensthabenden Systems der Luftverteidigung (DHS) und damit die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der NVA.

Wichtig, aber eher als Flankensicherung gedacht war die Operation der Küstenfront (auch 2. Front genannt). Dass die Küstenoperation eine Nebenrichtung darstellte, vermittelt sich allein daraus, dass nicht ein sowjetischer Frontbefehlshaber eingesetzt war, sondern die Operation, wie vereinbart, von dem Land gestellt werden sollte, welches den größten Anteil am Truppenkontingent besaß. Als Hauptkräfte der Küstenfront waren 3 polnische Armeen der Wehrbezirke Pommern, Schlesien und Warschau sowie taktische Fliegerverbände und Sicherungseinheiten vorgesehen. Von der NVA unterstanden der Küstenfront das V. Armeekorps (AK) aus Truppen des Militärbezirks V, Neubrandenburg, mit einer aktiven Panzer- und zwei Mot.(orisierten) Schützen-Divisionen sowie zweier im Kriegsfall aus Ausbildungszentren zu bildenden Mobilmachungsdivisionen. Da die polnischen Armeen frühestens zwei Tage nach Kriegsbeginn den Einsatzraum erreichen konnten, lag die Last der Verteidigung bis dahin auf den Divisionen des 5. AK der NVA. Danach sollte das Korps unter polnischem Frontoberbefehl in Richtung Bremen-Meppen handeln. Das Mot. Schützen-Regiment 28 in Rostock hatte mit seiner Spezialisierung auf Seeanlandung die Jütländische Operation zu unterstützen.

Die Südwestfront (auch 3. Front) operierte, das sei nur erwähnt, unter tschechischem Oberbefehl mit zwei Armeen und den seit 1968 hier stationierten sowjetischen Truppen (ZGT)⁹ zur südlichen Flankensicherung. Die Angriffsrichtung zielte auf Lothringen-Oberbayern-Bodensee als dritte strategische Operationsrichtung mit den Optionen, auch im Zusammenwirken mit Ungarn in Richtung Österreich und Italien zu handeln¹⁰.

Aufs Ganze gesehen hoffte das Vereinte Kommando in seinen Plänen, in der Hauptstoßrichtung bis zum 7. Operationstag den Raum Arnheim-Köln-Dortmund zu besetzen und spätestens bis zum 15. Operationstag die Nordwestküste Frankreichs zu erreichen. Derartige Zielplanungen lassen sich in verschiedenen Übungen der NVA, der Polnischen und Tschechoslowakischen Streitkräfte bis Anfang der 1980er Jahre nachweisen. Der unter realen Kriegsbedingungen kaum zu erreichende rasche Vormarsch war der Furcht des sowjetischen Generalstabs vor dem als überlegen eingeschätzten Luftwaffen- und Raketenpotential der NATO und des womöglich erfolgreichen *Air-Lift*-Konzepts (später *Follow on-Forces Attack* = FoFA) von NATO-Truppen auf den europäischen Kontinent geschuldet.

Die Nationale Volksarmee in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes

Trotzdem sich die NVA bis Anfang der 1970er Jahre zum ‚Juniorpartner‘ der Sowjetischen Streitkräfte entwickelt hatte, spielte sie im Pakt militärisch eine eher untergeordnete Rolle. Für sie war in der Anfangsphase des Krieges nur der westliche

Quelle: Bundesarchiv / Bild 183-1984-0621-029 (R. Mittelstädt)



Truppenbesuch bei Erich Honecker

Kriegsschauplatz bedeutend und selbst hier kam ihr keine eigenständige Rolle zu. So besaß die NVA kein nationales operatives Konzept und der Hauptstab der NVA stellte nur 5 Generäle und 51 Offiziere in den Führungsorganen der VSK auf dem Westlichen Kriegsschauplatz.

Seit 1956 war die NVA als Bündnisarmee nach sowjetischem Vorbild geformt worden und passte sich damit in Struktur, Organisation und Bewaffnung stark den sowjetischen Streitkräften an. Die DDR unterstellte als einziger Teilnehmerstaat all ihre Kampfverbände der Führung des Vereinten Kommandos. Die zwei Militärbezirke (MB)¹¹, der MB III und der MB V mit ihren Stabsitzen in Leipzig und Neubrandenburg, entsprachen Armeeführungs- bzw. Armeekorpsstäben. Ihnen waren je eine Panzer- und zwei Mot. Schützendivisionen sowie direkt geführte Korpsregimenter und -bataillone unterstellt. Im Kriegsfall teilten sich diese Militärbezirksstäbe in den jeweiligen Armee- bzw. Korpsstab und den territorialen Militärbezirk in nationaler Verfügung der DDR. Das Territorialkommando hatte die Auffüllung und Versorgung der Truppen sicherzustellen und war damit betraut, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des Territoriums für die Bedürfnisse der Armee zu gewährleisten.

Seit 1957 wurde die NVA systematisch in Übungen und Kriegsspiele der Vereinten Streitkräfte eingebunden. Aus den dabei gemachten Erfahrungen erarbeitete das Vereinte Kommando Richtlinien und Abkommen über die Weiterentwicklung der Strukturen und der Bewaffnung aller drei Teilstreitkräfte der NVA sowie für die Mobilmachung. Mit eben diesen bi- und multilateralen Vorgaben konnte das Vereinte Kommando und mithin die UdSSR direkten Einfluss auf die Entwicklung der verbündeten Armeen in Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung sowie Ausbildung nehmen. Diesen Einfluss versuchte die Sowjetunion ständig zu erhöhen, weil er ihr nicht nur das Waffenliefermonopol gegenüber den Paktstaaten, sondern auch großen Einfluss auf das Militär und damit die Militärpolitik ermöglichte. Seit den 1960er Jahren wuchs allerdings auch das Bestreben einiger Teilnehmerstaaten sowohl im Pakt mehr Einfluss zu gewinnen als auch militärpolitisch unabhängiger von Moskau zu werden¹².

Im März 1961 beschloss das Vereinte Kommando die Vereinheitlichung des Mobilmachungssystems im Warschauer Pakt. Damit sicherte sich die militärische Führung in Moskau nicht nur den Einfluss auf die nationalen Verbände in den Vereinten Streitkräften, sondern bestimmte zugleich über Mobilmachung und Landesverteidigung der Teilnehmerstaaten mit. Die verbindlichen „Protokolle über die Bereitstellung von Truppen und Marinekräften der DDR für die Vereinten Streitkräfte“ wurden in den 1960er Jahren immer umfassender, ab 1970

erfolgte die Abstimmung im Fünf-Jahres-Rhythmus. Sie enthielten nun alles, was der Moskauer Generalstab zur Vorbereitung eines Landes auf den Kriegsfall für wichtig erachtete: die Friedens- bzw. Kriegsstärke, die Stärke und Bewaffnung der einzelnen Einheiten bzw. neu aufzustellende Verbände, die zur Verfügung zu stellende Logistik im Falle der Mobilmachung und eine umfassende Vorbereitung des DDR-Territoriums auf die Verteidigung. Doch dazu später mehr.

In den 1960er Jahren war und blieb die NVA mit einer Kriegsstärke von 280 000 (im Frieden 120 000 Mann) quantitativ die kleinste Armee. Sie stellte aber bald neben der GSSD die am besten ausgerüstete, ausgebildete und zuverlässigste Armee im Pakt. Seit 1962 erfolgte die Aufstellung von Raketenbrigaden; die Sowjetunion lieferte der NVA schrittweise weitere Trägersysteme für nukleare Sprengköpfe. Allerdings erhielt die DDR nie Verfügungsgewalt über solche Sprengköpfe. Sie waren auf DDR-Gebiet unter GSSD-Aufsicht gelagert, oft aber kannte die NVA-Führung nicht einmal die Lagerorte oder die Anzahl und Feuerkraft der Atomwaffen auf ihrem Gebiet. Im Kriegsfall hätten diese Sprengköpfe weiterhin unter sowjetischer Befehlsgewalt gestanden, denn sowjetische Militärs hätten den Befehl über diese NVA-Einheiten übernommen.

Die NVA im Kriegskonzept des Vereinten Kommandos des Warschauer Paktes

Wie sah nun die Anfangsphase eines Krieges aus NVA-Sicht aus? Wir können aus den überlieferten Übungsunterlagen der NVA, zum Beispiel aus dem NVA-Kriegsspiel „Troika“¹³ 1967, in dem die NVA-Führung die Operation der Vereinten Streitkräfte mit 3 Armeen übte, eine ungefähre Vorstellung der Operationen der Warschauer Paktruppen auf dem Westlichen Kriegsschauplatz rekonstruieren. Was der Sowjetische Generalstab, der das Vereinte Kommando dominierte, genau plante, wann und auf welche Ziele strategische Atomschläge erfolgt wären, lässt sich jedoch nur anhand sowjetischer Akten ergründen – und die sind und bleiben weiterhin gesperrt. Mit Sicherheit gab es zudem verschiedene Varianten, die auch anhand von Schlussfolgerungen aus aktiven militärischen Konflikten sowie großen NATO-Übungen wie „Fallex“, „Wintex“ oder den großen Herbstmanövern entwickelt wurden. Es kann davon ausgegangen werden, dass entsprechend der operativen Lage das deutsche Territorium von beiden Seiten auch mit Atomwaffenschlägen zerstört worden wäre.

Der üblichen Grundidee dieser Übungslagen folgend, überführten nach einer

Spannungslage zuerst die „Westlichen“ ihre Streitkräfte in den Kriegszustand. Dann würden die USA und Großbritannien ihre strategische Eingreifreserve auf den Kriegsschauplatz „Zentraleuropa“ verlegen. Die Armeegruppe Nord und Teile des Kommandos Ostseezugänge der NATO würden nun mit fünf Armeekorps und 20 Divisionen in Richtung Hannover–Bad Freienwalde und Hildesheim–Frankfurt/Oder zum Angriff antreten, um in 6 bis 8 Tagen die Oder zu erreichen. Die Vereinten Streitkräfte erwarteten einen konventionellen Kriegsbeginn. Man glaubte, die NATO werde Nuklearwaffen erst einsetzen, wenn Geländeverlust von operativer Größe von etwa 100 km eintreten sollte. Bis 1985 gedachte der Pakt einen massiven Antwortschlag (auch präemptiv) strategisch und operativ-taktisch auf gesamter Frontbreite zu führen, um den Gegner entscheidend für die folgende Angriffsoperation zu schwächen.

Die Streitkräfte der GSSD und der NVA sollten unter allen Umständen in kürzester Zeit die strategische Initiative gewinnen, die NATO-Streitkräfte auf das westliche Territorium zurückschlagen und einzelne Staaten aus der Allianz herausbrechen¹⁴. Die ständig hohe Gefechtsbereitschaft der NVA und der GSSD diene diesem Ziel ebenso wie eine Überraschung durch den Gegner verhindert werden sollte. Dazu wurden zuletzt 85 Prozent des Personalbestandes ständig in den Kasernen gehalten, damit jede Einheit im Alarmfall sofort einsatzbereit war. Die Alarmierung und das Verlegen in die Bereitschaftsräume wurden ständig trainiert. Zudem wollte man besser vorbereitet sein als der potentielle Gegner. Die NVA beschäftigte sich folglich militärwissenschaftlich mit dem sie umgebenden Territorium als Operationsgebiet. Das schlug sich in umfangreichen Studien zur territorialen Verteidigung des DDR-Gebietes, zu Armeeeoperationen und deren logistischer Sicherstellung am Anfang eines Krieges, zur militärgeographischen Analyse der Bundesrepublik und des Ostseeraums bis hin zur Untersuchung der operativen Möglichkeiten der NATO-Truppen und der Wirtschaftskraft der NATO-Staaten auf dem westlichen Kriegsschauplatz nieder¹⁵.

Dem Nuklearpotential der NATO glaubte man durch intensive Aufklärung, gezielte Schläge, dezentralisierte Heranführung und permanente Bewegung der Truppe zu entgehen. Angesichts der Luftüberlegenheit der NATO kam der Luftverteidigung eine erhebliche Bedeutung zu. Die Luftstreitkräfte der NVA, der GSSD und Polens handelten in einem Diensthabenden System (DHS) der Luftverteidigung, das den ersten Luftschlag der NATO abfangen sollte¹⁶. Auch unter diesen Gesichtspunkten wurden fortlaufend militärische Konflikte in der Welt, vor allem der arabisch-israelische „6-Tage-Krieg“ oder der Vietnam-Krieg intensiv ausgewertet¹⁷.

Die verschiedenen Übungslagen im Warschauer Pakt gingen grundsätzlich von einer Aggression der NATO auf den Ostblock aus. Das entsprach der Leninschen Theorie des Imperialismus und sollte zugleich das Feindbild in den Paktarmeen bestärken. Für die Abwehr und den Übergang zum Angriff stand nun die 1. Strategische Staffel des Warschauer Paktes bereit. In vorderster Verteidigungslinie aber standen die Grenztruppen der DDR¹⁸, die nicht zur Staffel gehörten und als selbstständiges Organ das Grenzgebiet gegen den Angriff der NATO zu verteidigen hatten¹⁹. Sie sollten im Falle eines überraschenden Angriffs die feindlichen Kräfte so lange aufhalten, bis die Streitkräfte einsatzbereit waren und in ihre gedeckten Räume verlegt waren.

Die Armeen, deren 100 km breiter Operationsstreifen durch je eine Grenzbrigade gesichert wurde, sollten zur Verstärkung Deckungskräfte in den Kampf der Grenztruppen einführen. Dafür waren Deckungsräume, Feuerstellungen und Führungspunkte vorbereitet. Die grenznahen Bataillone oder Regimenter wiederum hatten in 3-9 Stunden die Grenzverteidigung zu übernehmen. So lange sollten die Grenztruppen, unterstützt von territorialen Kräften der Bereitschaftspolizei und der Kampfgruppen der DDR, vorab befestigte Grenzabschnitte, Stützpunkte und Objekte halten. All das wurde in Übungen wie z.B. „Terzett“ oder „Frühling“ 1969 geübt. Im Hauptstab der NVA war man sich aber durchaus bewusst, dass die Grenztruppen den regulären NATO-Einheiten nicht gewachsen waren und wohl bis zum Eintreffen der Armeen aufgerieben worden wären.

Mit der Entfaltung ihrer Kräfte noch während der Luftverteidigungsoperation des Warschauer Paktes sollte die 1. Westfront unter Ausnutzung der geführten Kern- und Luftwaffenschläge in der zentralen strategischen und Hauptrichtung zum Angriff übergehen. Der Stoß zielte in den Übungslagen überwiegend und wenig variierend auf die niedersächsische Tiefebene und das sogenannte „Fulda Gap“ in Richtung Ruhrgebiet und Lothringen. Das war das Gelände, welches für die konventionelle Überlegenheit der Warschauer Pakttruppen mit ihren Panzermassen für den Vorstoß am besten geeignet und ebenso schwer bei zumindest zeitweiliger konventioneller Unterlegenheit der NATO-Truppen auf dem europäischen Festland zu verteidigen war.

Die Zentralfront wäre nun unter sowjetischem Oberbefehl mit ihren etwa 20 Divisionen, zwei Frontraketen-, einer Luftsturm- und zwei Frontpionierbrigade in den vier benannten oder aber, je nach Stärke und Aufstellung der NATO-Truppen, in zusammengefassten Richtungen angetreten. Die Frage, ob die DDR-Einheiten, die in der zweiten Reihe lagen, geschlossen in die Kämpfe eingeführt oder aber als Reserve bzw. zur Ergänzung der GSSD-Einheiten unter sowjetischen Befehlsha-

bern aufgeteilt worden wären, ist aus den Akten der NVA nicht zu klären. Es gibt Indizien, dass sie nicht in geschlossenen Formationen eingesetzt worden wären. Die Mehrheit der einschlägig forschenden Historiker geht folgerichtig von dieser Hypothese aus. Die Entscheidung des sowjetischen Frontbefehlshabers hätte sich vermutlich auch an der aktuellen militärischen Lage und daran ausgerichtet, wer den betroffenen Verbänden der NVA gegenübergestanden hätte. Offensichtlich spielte die Frage, ob Deutsche auf Deutsche schießen würden und somit letztlich die Frage, wie zuverlässig die ostdeutschen Streitkräfte waren, eine wesentliche Rolle im sowjetischen Kalkül.

Die verschiedenen Übungslagen sahen den Hauptschlag der Vereinten Streitkräfte zwar variierend in Stoßrichtung, Kräften und Mitteln, aber hauptsächlich über die niedersächsische Tiefebene in Richtung Hannover, den Stoß durch das Fulda Gap als eher flankierend vor²⁰. Beim Kriegsspiel „Troika 1967“, eine reine Stabsübung ohne Truppen, zielte der Stoß in Richtung Magdeburg-Osnabrück-Brüssel-Paris. Beim Angriff sollten die Armeegruppe Nord und Teile des Kommandos Ostseezugänge der NATO vernichtet werden. Danach wurden NATO-Versuche simuliert, vor dem Rhein eine Verteidigungsstellung aufzubauen, während die Vereinten Streitkräfte aus der Bewegung und mittels Kernwaffenschlägen und Luftlandetruppen den Rhein bzw. die Ems forcierten. Bis zum 7. Operationstag sollten die Vereinten Streitkräfte den Raum Arnheim-Köln-Dortmund besetzen, bis zum 12. Operationstag hoffte man, die Nordwestküste Frankreichs zu erreichen.

Interessant für diese Betrachtung ist ein zweiseitiges, einstufiges Kommando-Kriegsspiel der Ministergruppe im Ministerium für Nationale Verteidigung vom 25. bis 27. Januar 1962 in Strausberg. Die operativ-taktische Ausgangslage beschreibt, dass die „Westlichen“ in Mitteleuropa Truppenverstärkungen vorgenommen und die Einheiten mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet haben und sich die NATO-Truppen aktiv in einem Manöver befinden. Zeitgleich fällt den „Östlichen“ ein NATO-Plan in die Hände, nach dem die 7. Armee aus dem V. US-amerikanischen Armeekorps (AK) und jeweils dem I. westdeutschen und dem I. französischen AK aus dem Manöver heraus in Richtung Bautzen in Kürze angreifen werden. An der linken Flanke soll das II. AK in Richtung Cottbus vorstoßen, rechts würde das nicht näher benannte VII. AK in Richtung Prag operieren²¹.

Angesichts der drohenden Aggression unterstellt der Oberkommandierende der VSK die 70. Armee und das 32. Armeekorps (Synonyme für MB III und V) der 1. Zentralfront, welche die Aufgabe erhält, die Armeegruppe „Mitte“ der „Westlichen“ zu zerschlagen, den Rhein zu forcieren und in 5 Tagen den Abschnitt Klee-

Helden-Aachen-Trier zu erreichen. Die 70. Armee (mit 3 Mot. Schützen- und 2 Panzerdivisionen) sollte „nach einem mächtigen Raketen-Kernschlag“²² im Abschnitt zwischen Nordhausen und Eisenach hervorbrechen und das V. AK (USA) und Teile des II AK (BRD) der „Westlichen“ zerschlagen. Südlich hatte das 32. AK (mit 2 Mot. Schützen- und einer Panzerdivision) aus der Linie Dermbach-Königshofen unmittelbar über die Fuldasenke in Richtung Frankfurt am Main mit dem Ziel vorzustoßen, das I. französische Armeekorps und die Reserven der 7. US Armee zu vernichten und am 3. Tag den Raum Butzbach-Frankfurt/M-Hanau zu erreichen.

Interessant ist, dass den Oberbefehlshabern der 70. Armee, Generalleutnant Kurt Wagner, der 7. Feldarmee, Generalmajor Friedrich Dickel, und dem Kommandierenden General des XXXII. Armeekorps, Generalmajor Heinrich Heitsch,²³ zur Entschlussfindung eine Geländeanalyse vorlag. Die Operationsrichtung Ruhr zwischen den Linien Oscherleben-Münster-Rheinmündung im Norden und Sonneberg-Mannheim-Luxemburg habe den Vorteil, so die Autoren, dass sie direkt auf die industrielle Basis der „kapitalistischen Zone des Kriegsschauplatzes zur Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa“²⁴ ziele, in dessen Fortsetzung sich günstiges operatives Gelände bis zur Atlantikküste bietet. Neben den genau beschriebenen Höhenzügen und Staudämmen im Ruhrgebiet für das operative Kalkül wird der Rhein als das größte geographische Hindernis zum Atlantik hin angesehen. Am günstigsten sei er in den Abschnitten Mannheim-Mainz, Koblenz-Andernach, Mondorf-Duisburg und Dinslaken-Rees zu forcieren. In gleicher Weise werden das Fulda-Werra-Bergland, die Rhön, das Knüllgebirge u.a.m., die Verkehrswege, Städte und Bewohnerzahlen sowie das Gelände mit seinen operativen Möglichkeiten bis hin zum Einsatz von Napalm betrachtet²⁵.

Im weiteren Verlauf des Kriegsspiels war der massive Einsatz taktischer Kernwaffen auf beiden Seiten sowie das Überwinden von stark kontaminiertem Gelände ein wesentlicher Bestandteil der Übung. Im Verlauf der 1960er Jahre spielte die Überwindung der Kernminensperren in der Niedersächsischen Tiefebene, von denen man annahm, dass sie in einer Tiefe von 30-50 km hinter der Grenze angelegt seien, eine wesentliche Rolle. Dennoch sollten diese von den Divisionen innerhalb von drei Stunden geräumt und das Gelände durchstoßen werden. Mit weiteren Sperren rechnete man an Weser und Rhein. Die in die operativen Überlegungen einbezogenen niedrigen Ausfallzahlen der eigenen Kräfte durch gegnerischen Nuklearwaffeneinsatz verwundern den Betrachter in den Dokumenten immer wieder. Eine Ursache dafür mag gewesen sein, dass die Militärführung des

Warschauer Paktes ganz bewusst an der Durchführbarkeit ihrer operativen Pläne festhalten wollte, weil es keine tatsächlichen Alternativen gab. Einen lang andauernden Krieg hätte der Ostblock weder wirtschaftlich noch vom Waffen- und Kräftepotential durchgehalten. Ein schneller Sieg auf dem europäischen Festland hätte eine neue Konstellation vor der Entfaltung der Hauptkräfte der NATO geschaffen. So erklärt sich auch die unter moderner Waffenwirkung als sehr unwahrscheinlich anmutende Vorstoßgeschwindigkeit der Vereinten Streitkräfte innerhalb von 15 Operationstagen bis zur französischen Atlantikküste.

Immer wieder taucht in den Manöverlagen der Vereinten Streitkräfte das „Fulda Gap“ als eine mögliche Option oder als Stoßrichtung unter mehreren auf dem Westlichen Kriegsschauplatz auf. In Auswertung des Pakt-Manövers „Oktobersturm“ vom 16. bis 25. Oktober 1966 wird begründet: „Als Raum der Handlungen wurde dabei der Südteil der Deutschen Demokratischen Republik gewählt, dem in der NATO-Kriegsplanung eine besondere Bedeutung beigemessen wird.“²⁶ Die VSK hatten mit knapp 65 000 Mann, über 2000 Panzern und Schützenpanzern und 10 000 Kfz im Thüringer Raum unter der Leitung des Oberkommandierenden des GSSD, Armeegeneral Koschewoi, eben jene Operation geübt, die auch die NATO bzw. die Bundeswehr in ihren großen Herbstmanövern oft thematisierten²⁷. Damit bestärkten sich beide Seiten in ihrer wechselseitigen Wahrnehmung darin, dass das Fulda Gap eine zentrale operative Bedeutung für den Gegner besaß.

In der Norddeutschen Richtung sollte die Küstenfront unter polnischem Oberbefehl operieren. Die Vorstellungen sind deckungsgleich in NVA- und polnischen Generalstabsplänen (des Generalstabs von 1969²⁸) überliefert. Sie hatte in allgemeiner Richtung der deutsch-holländischen Nordseeküste vorzustoßen und den Hauptstoß der Zentralfront flankenseitig insbesondere von der Seeseite zu sichern. Als Nebenstoß war die Jütländische Operation geplant, die über Schleswig/Holstein und Jütland auf die dänischen Hauptinseln zielte und Dänemark als NATO-Partner aus dem Krieg zwingen sollte. Teile der Vereinten Ostseefloten (DDR-Volksmarine, Baltische Rotbannerflotte und Polnische Seekriegsflotte) wollten die Seeherrschaft über die Ostsee herstellen, die Zugänge zur Ostsee für die NATO- Marineverbände schließen und deren Ausgänge in die Nordsee und den Atlantik für die eigenen Kräfte öffnen.

Die Küstenfront und die Vereinten Ostseefloten galten dabei als gleichrangige operativ-strategische Vereinigungen, die dem Oberbefehlshaber Westlicher Kriegsschauplatz unterstanden. Dabei waren das Zusammenwirken von See- und Luftstreitkräften mit Vorrang Küstenfront und die Unterstellung von Einheiten für

Seeanlande- und Luftlandeoperationen zur Besetzung der dänischen Hauptinseln geplant. Auch der Angriff der Küstenfront sollte von Raketenkernwaffenschlägen auf politisch-ökonomische Zentren, Raketenbasen und Truppenkonzentrationen in der gesamten Tiefe der Territorien begleitet sein. Der Stoß zielte im Kriegsspiel Troika in Richtung Uelzen-Hoya und es galt, das 1. AK der Niederlande und Teile des I. Armeekorps der Bundeswehr im Raum Lüneburg-Soltau-Celle zu zerschlagen. Als weiterführende Aufgabe folgte der Stoß auf Rotterdam und die Besetzung des Küstenabschnitts Cuxhaven-Bremerhaven-Wilhelmshaven-Emden bis zum 6. Tag der Operation. Interessanterweise wurde die Großstadt Hamburg bei dieser Übung nur eingekreist, nicht aber besetzt. Der Stadtkampf hätte die schnelle Operation aufgehalten und gefährdet. Eine ähnliche Lösung war auch für Berlin denkbar. Die Planungen für den „Fall Berlin“ sahen für die Besetzung vor allem DDR-Kräfte der NVA, Grenztruppen, der Bereitschaftspolizei und der Kampfgruppen vor²⁹.

Das System der Landesverteidigung als wesentlicher Verteidigungsbeitrag der DDR im Warschauer Pakt

Es ist bereits deutlich geworden, dass der militärische Beitrag der NVA zur Verteidigung des Ostblocks im Vergleich zur sowjetischen Führungsmacht und anderen Pakt-Staaten als deutlich geringer einzuschätzen ist. Dafür war der kleine ostdeutsche Staat aber für Moskau militärgeographisch und vor allem auch militärlogistisch und wirtschaftlich umso wichtiger. Zum einen stellte Deutschland insgesamt stellvertretend für die anderen europäischen Mächte das erste operative Schlachtfeld dar, auf dem die Vorzeichen für Sieg oder Niederlage gestellt wurden. War es gelungen, den Gegner zurückzuschlagen, bildete die DDR zum anderen für die Pakttruppen in Hauptstoßrichtung das Fronthinterland und Durchmarschgebiet. Die geplante schnelle Operation zum Atlantik setzte eine umfassende logistische Vorbereitung des alle militärischen Bedürfnisse der Paktarmeen abdeckenden Nachschubes voraus. Dafür mussten Ruhe und Ordnung im Fronthinterland, die Fortführung der Kriegsproduktion und der Schutz und die Wiederherstellung aller logistischen Netzwerke für Nachrichten und Transport sichergestellt werden.

Damit wurde die Vorbereitung des Territoriums auf die Verteidigung für die DDR zu einer Hauptaufgabe des Verteidigungsbeitrages im Pakt und wesentlicher Bestandteil der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen. Das dafür entwickelte System der Landesverteidigung zielte darauf, möglichst alle ge-



Warschauer Pakt-Manöver 1963

sellschaftlichen Kräfte und ökonomischen Potenzen in die Vorbereitung auf den Krieg einzubeziehen. Der Bereich der Territorialen Verteidigung der DDR im System der Landesverteidigung war letztlich wesentlich größer als der aktive militärische Bereich der Verteidigung.

Das Verteidigungssystem unterteilte sich dabei in die bereits betrachteten mobilen Kräfte der Armee und bis Mitte der 1970er Jahre die Grenztruppen und den territorialen Bereich der Heimatverteidigung. Die mobilen Hauptkräfte des DDR-Verteidigungssystems bildeten die Verbände und Truppenteile der NVA, die zu Friedenszeiten bereits den Vereinten Streitkräften komplett unterstanden. 1985 betrug ihre Friedensstärke 148 000 Mann, im Kriegsfall hatte sie den Vereinten Streitkräften 430 000 bis 460 000 Soldaten zu stellen. Der Mob.-Faktor betrug damit 2,5. In kürzester Zeit hatte die NVA im Mobilmachungsfall 5 Mob.-Divisionen aufzustellen, was ein gut funktionierendes Reservistensystem und die

Einlagerung von Waffen, Munition und Ausrüstung für diese Formationen voraussetzte³⁰. Bis 1974 zählten auch „die Grenztruppen der NVA“ zu den mobilen Kräften, wurden aber aus politischen Gründen, um nicht als Streitkräfte unter die Abrüstungsverhandlungen zu fallen, als „Grenztruppen der DDR“ in territoriale Kräfte zurückgestuft.

Die operative Vorbereitung des DDR-Territoriums auf die Landesverteidigung war in erster Linie darauf gerichtet, den Truppen der Vereinten Streitkräfte einen möglichst reibungslosen Durchmarsch in Richtung Bundesrepublik zu gewähren, die Kampf- und Bewegungsfähigkeit der Truppen sowie deren Nachschub zu sichern. Das System der Landesverteidigung zielte zugleich darauf, möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte und ökonomischen Potenzen in die Vorbereitung auf den Krieg einzubeziehen. Die Bevölkerung wurde nicht nur in unzähligen gesellschaftlichen Organisationen der DDR instrumentalisiert, sondern kam zugleich unter die Kontrolle der Staatsorgane. In Schulen, Berufsschulen und an Universitäten fand neben der wehrideologischen Motivation auch eine gezielte militärische Ausbildung der DDR-Jugend statt. Organisationen wie die Zivilverteidigung (ZV), die Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) übten Katastrophen- und Bevölkerungsschutz für den Kriegsfall. In der Wehrsportorganisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), aber auch in der SED-Arbeitermiliz, den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, wurden Zivilisten militärisch ausgebildet und das Zusammenwirken dieser Formationen mit der Armee und der Bereitschaftspolizei geübt³¹. Zudem gab es ein Netzwerk freiwilliger Helfer der Volkspolizei, der Grenztruppen, der Feuerwehr sowie das „Informelle Mitarbeiter“-Staatsicherheits-Spitzelsystem, welches bei Kriegsausbruch für Verteidigungsmaßnahmen aktiviert werden sollte³². Es sollte so verhindert werden, dass Teile der Bevölkerung die militärischen Aktionen des Paktes nicht mittragen, sich dem Dienst an der DDR verweigerten oder gar das politische System in der DDR zu stürzen gedachten.

Zur Steuerung des Landesverteidigungssystems hatte die DDR 1953 die Sicherheitskommission beim Zentralkomitee der SED gebildet, aus der 1960 der Nationale Verteidigungsrat (NVR) der DDR hervorging. Der NVR übte die oberste militärische Kommandogewalt über die bewaffneten Kräfte der DDR aus, bestimmte für alle staatlichen, wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Organe deren Aufgaben in der Landesverteidigung und kontrollierte deren Erfüllungsstand. Nach den Erfahrungen aus dem Volksaufstand 1953 hatte die SED-Führung zur Sicherung ihrer Macht gegen innere Unruhen auf der Ebene der DDR-Bezirke und Kreise Bezirks-(BEL) sowie Kreiseinsatzleitungen (KEL) zur Koordinierung

aller Einsatzkräfte gegen regionale Unruheherde gebildet. Nachdem der Ausbau des inneren Sicherheitsapparates Ende der 1950er Jahre abgeschlossen war, wurden die Einsatzleitungen mit ihrer führenden und koordinierenden Rolle gegenüber den Sicherheitsorganen der DDR immer mehr in die Planungen zur militärischen Landesverteidigung einbezogen. Unter Weisungsgewalt einer zentralen Einsatzleitung des SED-Politbüros trugen sie nun die Aufgaben zur Vorbereitung des Landes auf den Krieg im vollen Umfang mit und waren im Ernstfall mit der regionalen Führung der Verteidigungsmaßnahmen betraut. Die BEL hatten dem NVR über den Erfüllungsstand der Verteidigungsvorbereitung in ihrem Bezirk regelmäßig Bericht zu erstatten.

Der in nationaler Führung verbleibende Teil der NVA hatte alle Aufgaben der Territorialverteidigung zu erfüllen. Er umfasste territoriale Stäbe, Truppen und Einrichtungen der NVA, z.B. die Wehrkommandos, die Offiziers- und Unteroffiziersschulen mit nationalen Aufgaben, die Grenztruppen sowie die Kräfte des inneren Sicherheitssystems. Die territorialen Stäbe der NVA hatten die Mobilmachung zu organisieren, die Schulen und Ausbildungseinrichtungen bildeten den Grundstock der aufzustellenden Mob.-Divisionen. In das Landesverteidigungssystem waren die regulären Polizeieinheiten, die Bereitschaftspolizei in der Struktur leichter Infanterieregimenter, die Truppen des Ministeriums für Staatssicherheit, die Kampfgruppen, die GST und die Stäbe und Formationen der ZV integriert. Zu den Aufgaben der bewaffneten Kräfte der Territorialverteidigung gehörten der Einsatz gegen Luftlandtruppen und Spezialkräfte der NATO im Hinterland sowie gegen „konterrevolutionäre“ Aktionen³³ der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die Absicherung der Handlungen der Vereinten Streitkräfte auf dem DDR-Gebiet. Das Zusammenwirken der territorialen Kräfte wurde in einer Vielzahl von Entfaltungs- und Mobilmachungsübungen erprobt³⁴.

Luftschutz- bzw. Zivilverteidigungsorganisation, Deutsches Rotes Kreuz, Aktiver Brandschutz, Betriebsschutz, GST und alle staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen hatten im Krieg die Funktionalität von Wirtschaft und Verkehr zu sichern bzw. wiederherzustellen sowie den Bevölkerungsschutz zu gewährleisten. Die DDR trug mit ihrer territorialen Verteidigungsstruktur aufs Ganze gesehen den Aufgaben als Frontzonenverteidigung Rechnung. Die Vorbereitung des Territoriums umfasste den Gesamtbereich der Mobilmachung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Operationsgebietes. Die Strategie des Paktes erforderte die Sicherstellung der handelnden und durchmarschierenden Pakt-Streitkräfte, die Versorgung wie

medizinische Sicherstellung von Armeen und Bevölkerung sowie die Aufrechterhaltung der Energieversorgung und Nachschubproduktion im Operationsgebiet unter allen Kriegseinwirkungen. Da mit massiven Schlägen der NATO zur Unterbrechung des Transport- und Sicherstellungssystems zu rechnen war – man ging von Barriere-Schlägen an der Elbe-Saale- und der Oder-Neiße-Linie aus, die die NATO tatsächlich plante – traf die DDR weitreichende Vorbereitungen zu Erhalt und Wiederherstellung zerstörter Transportwege und kriegswichtiger Einrichtungen.

1973 verfügte der NVR für den Verteidigungsfall die „Grundsätze für die Führung der DDR im Verteidigungszustand“. Sie sicherten die absolute Suprematie der SED über Staat und Gesellschaft, eine rigide Unterwerfung der Parteien und Massenorganisationen sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen unter die zentralen Befehlsstrukturen der SED³⁵. Die enge Verflechtung der Organisationen, der Versuch der möglichst breiten Einbindung der Bevölkerung in das System zum Zweck der Instrumentalisierung und Kontrolle führte zu einer überaus starken Militarisierung der DDR-Gesellschaft.

Die Offensivstrategie des Paktes erforderte für die millionenstarken Vereinten Streitkräfte des Paktes eine umfassende Sicherung der Personal-, Treibstoff-, Versorgungs-, Munitionszufuhr über ein ausgeprägtes System des Transportwesens, von Vorrats-, Produktions- und Instandsetzungsbasen, medizinischer Versorgung und deren Aufrechterhaltung unter allen Kriegseinwirkungen. Die DDR hatte auf Forderung des Oberkommandos der VSK und in den bereits genannten Protokollen festgelegt, ein ausgefeiltes Netz der logistischen Vorbereitung auf den Kriegszustand zu entwickeln. 1964 wurde z.B. der Ausbau des Straßen- und des Eisenbahnnetzes in der Ost-West-Tangente bei gleichzeitiger Umgehung der Städte angewiesen. So waren die Strecken Szczecin-Wittenberge, Halle-Halberstadt, Dresden-Leipzig und Decin-Gotha bis zur westdeutschen Grenze auszubauen. Insgesamt mussten 12 Brücken über die Oder, Havel, Mulde und Saale für Eisenbahn und Kraftfahrzeuge doubliert werden³⁶. Der Strukturentwicklungsplan für Straßen-, Eisenbahn- und Nachrichtenwesen sah im Zeitraum 1962-1965 zusätzliche Kosten von 560 Millionen DDR-Mark vor, immerhin 7 % der Gesamtinvestitionen im Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen³⁷. Mit der Vollendung des Ausbaus des militärischen Eisenbahn-, Wasserstraßen- und Straßennetzes begann dann dessen Instandhaltung, die ebenso große Kosten erzeugte.

Später folgten NVR-Beschlüsse über die „operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes“. Sie hatten vor allem Weisungen zur Unterstützung der Handlungen der Vereinten Streitkräfte zum Inhalt, so den Bau von

gedeckten Führungsstellen (also geheimen Bunkern für die Führungsorgane der Verteidigung im Kriegsfall), den Ausbau von Panzermarsch- oder Wasserstraßen, die Errichtung separater Nachrichtennetze oder die Aufstockung kriegswichtiger Staatsreserven. Auf der Grundlage der Forderungen des Vereinten Kommandos entwickelte die DDR ein ausgefeiltes Netz der logistischen Vorbereitung auf den Kriegszustand.

Die NVA hatte die militärische Logistik für die Vereinten Streitkräfte sicherzustellen. Im Protokoll zwischen dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte Marschall Gretschnko und dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Hoffmann aus dem Jahr 1963 wurde beispielweise an Mobilmachungsmaßnahmen der DDR vereinbart:

- im Bereich der Logistik hatten die Rückwärtigen Dienste der NVA am ersten Mobilmachungstag (M 1) der GSSD 30 Transportbataillone mit einer Ladefähigkeit von je 1.200 t (d.h. 7.200 Fahrzeuge),
- 4 Sanitäts-Transportkompanien sowie 400 Kfz zur Verfügung zu stellen.
- Aus den Staatsreserven waren dem Vereinten Kommando dazu 74.000 t Treibstoff zu übergeben.
- Für die medizinische Versorgung der NVA und der Vereinten Streitkräfte waren Lazarette mit einer Kapazität von 30 000 Betten vorzubereiten, die DDR-Krankenhäuser hatten 70 000 Betten, eine Kapazität von 30 % der Kriegsstärke der NVA bereitzustellen³⁸.
- Für den Transport der Verwundeten mussten im Kriegsfall 25 Transportzüge vorgehalten werden.
- Bis 1965 hatte die DDR die fehlende Menge an Straßenbautechnik zur Aufstellung von Straßen-, Kommandanten- und Brückenbaubrigaden zu liefern und Baumaterial für 17 Behelfsbrücken über die Elbe, Mulde, Oder und Neiße bereitzustellen.

1975 forderte das Protokoll:

- den Ausbau von neun frontalen Eisenbahnlinien für Züge über 1200 t und einer Durchlassfähigkeit von 30 bis 70 Zugpaaren in 24 Stunden, so Stettin in Richtung Lübeck oder Guben in Richtung Goslar.
- Es mussten Umgehungen von Eisenbahnknotenpunkten und parallellauflaufende Linien geschaffen sowie 14 Eisenbahnbrücken doubliert werden.
- Die DDR hatte der Volksrepublik Polen im Kriegsfall 12 000 zwei- und 2 400 vierachsige Sechsplattenswagen für Militärtransporte zu übergeben.

- Elf frontale Militär- und fünf Rochadestraßen mussten auf 6 m Breite ausgebaut, ihre Tragfähigkeit für Panzer erhöht, Straßenbrücken doubliert werden.
- Die Binnenschifffahrtswege der DDR waren in Ost-West-Richtung als Transport- und Marschwege auszubauen, Verladehäfen anzulegen.

An der Küste waren analog Kriegs- und Ersatzhäfen, Umschlagplätze und ähnliches mehr vorzubereiten. Das gesamte Fernkommunikations- und Funknetz musste auf die Bedürfnisse der Vereinten Streitkräfte abgestimmt werden. Im Nachrichtenwesen wurde insbesondere die Modernisierung und Verstärkung des Kabelnetzes von Ost nach West gefordert. Weiterhin waren Vorbereitungen für den Umbau ziviler in militärische Nutzfahrzeuge zu treffen. Insgesamt war geplant, 43 Prozent aller zivilen Transportfahrzeuge über 1,3 Tonnen Nutzlast und 77 Prozent aller Baggerfahrzeuge der Wirtschaft zu requirieren³⁹. In der Industrie sowie in den Transport-, Fern- und Nahverkehrsbetrieben wurden die Fahrzeuge registriert und Kontingente zusammengestellt, die im Kriegsfall requiriert werden sollten.

Die Bevorratung für die VSK für den Kriegsfall legte das Vereinte Kommando auf 30 Gefechtstage fest. Die Rückwärtigen Dienste der NVA hatten neben den sog. Komplexlagern, in denen Waffensysteme, Fahrzeuge, Ausrüstungen, Munition, Treibstoffe und Versorgungsgüter für die aufzustellenden Mob.-Divisionen gelagert wurden, zusätzliche Basen für die Einlagerung von Vorräten zu bauen. Es musste ein Netz von Bluttransfusionsstellen errichtet und in der Mob.-Reserve Blutkonserven und Blutaustauschstoffe für den vollständigen Bedarf der NVA im Krieg eingelagert werden⁴⁰. Insgesamt türmten sich allein in den Lagern der NVA Berge von Munition, Treibstoffen, Versorgungsgütern und Medikamenten. Was hier lag, war oft in der DDR selbst Mangelgut in Wirtschaft, Versorgung oder Medizin – so die Treibstoffe, Lebensmittel oder Blutkonserven.

Ähnlich sah es in den zivilen Lagern der Staatsreserven aus. Staatsreserven der Kategorie A waren Materialien und Lebensmittel zur Versorgung der Streitkräfte, der Wirtschaft und der Zivilbevölkerung im Kriegs- oder Katastrophenfall. Die B-Reserven sollten den Bedarf für das gesamte erste Kriegsjahr decken. Allein 1967 betrug der Wert dieser Reserven rund 3 Milliarden Mark. Auch hier schlummerten Mangelgüter der DDR-Wirtschaft wie Kupfer, Aluminium, Eisen, Kohle, Treibstoff, Fleisch und Butter. Die Beispiele der Mobilmachungsvorbereitungen verdeutlicht die enorme wirtschaftliche Belastung, die aus der militärgeographischen Lage der DDR als Operationsgebiet erwuchs.

Die Mobilmachungsvorbereitungen und die rüstungswirtschaftliche Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR

Damit befinden wir uns bereits mitten im militärökonomischen Aspekt der DDR-Verteidigungsvorbereitungen. Der gesamte Bereich der Mobilmachung und logistischen Vorbereitung des Territoriums auf den Krieg musste durch die DDR letztlich wirtschaftlich abgedeckt werden. Im Zuge der Vereinheitlichung der Mobilmachungsvorbereitung erließ der NVR Ende 1961 die „Vorläufige Ordnung der Mobilmachungsarbeit in der Volkswirtschaft“. In allen Ministerien waren Hauptabteilungen I (Militär) (HA I) gebildet worden, die nunmehr die ökonomischen Kennziffern für die Umstellung der Volkswirtschaft auf die Kriegsproduktion im „Berechnungsjahr“ (dem ersten Kriegsjahr) - die sogenannte B-Planung erstellen. Sie erstellten Volkswirtschaftspläne für die Sicherung des Bedarfs der Streitkräfte und der Bevölkerung im ersten Kriegsjahr und planten die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion (B-Planung).

Die Abteilung Wirtschaftsstatistik in der HA I der Staatlichen Plankommission (SPK)⁴¹ wurde das zentrale Leitungsorgan dieser Mob.-Arbeit. Es wurden technisch-wirtschaftliche Pläne zur Produktionsumstellung für das Verkehrs-, Nachrichten-, Gesundheits-, Versorgungs- und Bauwesen, die Landwirtschaft bis hin zur Kultur erstellt. B-Pläne befassten sich mit der Umgruppierung von Arbeitskräften, der Bildung eiserner Reserven, der Rationierung und Kontingentierung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern. Dazu liefen in dem Bereich der SPK alle Dienstleistungs- und Versorgungsanforderungen der bewaffneten DDR-Organen, aber auch der Vereinten Streitkräfte zusammen. Für die B-Planung wurde nicht nur viel Zeit und Papier aufgewendet, es mussten auch Maschinenparks, Rohstoffe und Halbzeuge eingelagert werden, die dem Wirtschaftsprozess so entzogen waren. Das galt für die Erzeugung von Rüstungsgütern ebenso wie für alle lebenswichtigen Produkte im Kriegsfall.

Eine der Aufgaben der Hauptabteilung I war festzulegen, welche zivile Produktion eingeschränkt werden sollte, um Kapazitäten und Ressourcen für die militärische Produktion frei zu machen. Nicht minder wichtig war die Nahrungsmittelversorgung. Die Versorgung der Bevölkerung sollte auf das Niveau der Rationierungsansätze von 1950 zurückgeführt werden, um die Versorgung der Vereinten Streitkräfte sicherzustellen. So sollten 40% des Schweinebestandes der DDR geschlachtet werden, um 300 000 t Fleisch für die Versorgung der Armeen abzudecken⁴². Die B-Planung wurde in den Folgejahren immer weiter ausgebaut. In den Bezirksräten entstanden strukturmäßig Mob.-Organen, die die Tarnbezeichnung „Wirtschaftssta-

tistik“ führten.

Vergleicht man die Rüstungsindustrie der DDR mit der in anderen Pakt-Staaten, so war sie in dem kleinen rohstoffarmen Land eher gering ausgeprägt. Noch 1952 hatte Stalin von der DDR-Regierung gefordert, eine autarke Rüstungsindustrie nach dem Beispiel der Sowjetunion mit Schiffbau und U-Boot-Produktion, einer Luftfahrtindustrie sowie Fahrzeug-, Waffen- und Munitionsproduktion aufzubauen. Der Volksaufstand von 1953 versetzte den ambitionierten Plänen der DDR-Regierung den ersten Dämpfer. Danach gab es bis 1961 Versuche, zumindest im Schiff-, Fahrzeug- und Flugzeugbau entscheidende Fortschritte zu erzielen und national eigenständige Produktionslinien für Rüstungsgüter zu entwickeln. Der Aufbau einer Flugzeugindustrie wurde 1961 abgebrochen, Schiff- und Fahrzeugbau mussten vor allem auf kleinere Schiffseinheiten bzw. geländegängige Lkw, Pkw und Kräder beschränkt werden. Der DDR fehlten letztendlich die Rohstoffe und die entsprechende Energie- und Schwerindustrie für eine Rüstungsindustrie. Das hatte auch Regierungschef Walter Ulbricht erkannt und sich vehement gegen anderslautende sowjetische Wünsche gewehrt⁴³.

Das Gros an Waffen und Gerät wurde aus der UdSSR oder anderen Paktstaaten importiert und mit hochwertigen Industriegütern aus der eigenen Produktion und zu Lasten der Reproduktion der eigenen Wirtschaftskraft und des Verbrauchers in der DDR bezahlt. Die DDR ersparte sich damit immense Kosten in der Forschung und Entwicklung sowie Produktion von Rüstungsgütern, blieb aber gleichzeitig in ihrer Ausstattung und Einsatzbereitschaft sehr abhängig von den Lieferungen von Waffen und Ersatzteilen aus der UdSSR und den Nachbarländern.

Dennoch steuerte die eigene Produktion der DDR etwa 60 % aller Versorgungsgüter der bewaffneten Organe der DDR bei. Die DDR produzierte vor allem Uniformen und Ausrüstungsgegenstände für den eigenen Bedarf, aber auch für die Pakttruppen. Zudem entwickelte sie eine sehr eigene Rüstungsgüterindustrie, die vor allem von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, aber auch wesentlich von der Rolle der DDR als Operationsgebiet geprägt war. Die in die zivilen Wirtschaftsstrukturen eingebundene militärische Industriekapazität wies einen übergroßen Sektor der Handfeuerwaffen-, Sprengstoff- und Munitionsproduktion und einen fast autarken Sektor der Reparatur- und Instandsetzung von militärischen Waffen und Gerät aus, um die Versorgung der Paktarmeen auf dem westlichen Kriegsschauplatz in hohem Maße sicherzustellen. Hinzu kamen von Anbeginn der militärische Schiff- und Fahrzeugbau. In den 1960er und 1970er Jahren wuchs zudem die militärische Produktion in den Bereichen Chemie, Optik, Funk- und Fernmeldewesen sowie Feinmechanik stark an, Bereiche, in denen die DDR auch auf dem

zivilen Sektor ihre Stärken entwickelt hatte.

Zeitgleich musste die Kriegsproduktion und Armeeversorgung für das erste Kriegsjahr sichergestellt werden. In den 1960er Jahren stellte das Vereinte Kommando an die B-Planungsbehörden der DDR Forderungen für das erste Kriegsjahr an Lieferungen im Wert von 7,7 Milliarden und zudem Importe von 5 Mrd. Mark. Die DDR-Wirtschaft produzierte 1962 jedoch für die Waffenträger nur Güter im Wert von 1,2 Mrd. Mark und importierte militärische Bedarfsgüter für nur 0,6 Mrd. Mark. Der B-Plan sah die Zulieferung von 380 000 Handfeuerwaffen an die VSK vor, 1962 produzierte die DDR davon gerade 95 000. Die Anforderungen an die Instandsetzung wurden mit 6-8 Mrd. Mark ermittelt, allein 140 Panzer sollten täglich repariert werden. Gleichzeitig klappte auch hier eine riesige Lücke zwischen den Anforderungen und den Möglichkeiten der Betriebe in der DDR. 1962 hatte das Instandsetzungswerk Neubrandenburg eine Kapazität von einem Panzer am Tag. Folgerichtig forderte die Abteilung Wirtschaftsstatistik weiter 70 Instandsetzungsbetriebe für Panzer – eine Anforderung, die rechnerisch zwar richtig war, jedoch alle wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR sprengte. Bei allen Anstrengungen der DDR, Musterschüler der Sowjetunion zu sein, war man sich in der SED-Führung sehr bewusst, dass man eine Versorgungskrise in der DDR wie 1953 bei Strafe des Untergangs des SED-Regimes nicht mehr zulassen durfte. Und doch wurde bei allen Anstrengungen in den 1980er Jahren deutlich, dass die DDR-Wirtschaft den Bedarf der Streitkräfte im B-Jahr nur zu 60 Prozent abzudecken vermochte und angesichts der wirtschaftlichen Krise die Erfüllung der Forderungen der Vereinten Streitkräfte immer unrealistischer wurde⁴⁴.

Das für die Sowjetunion wichtigste und größte Rüstungsunternehmen der DDR soll jedoch nicht unerwähnt bleiben: die sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft „Wismut“. Seit 1947 wurde im Erzgebirge ein Großteil des Uranerzes für die Nuklearwaffen der UdSSR und im Kriegsfall den Pakt gefördert. Bis 1990 hatte die Wismut AG ca. 217 000 t Uranerz in die Sowjetunion geliefert und die DDR Kosten von mehr als 20 Mrd. Mark getragen⁴⁵.

Der gesamte Komplex der Beiträge der Wirtschaft und der zivilen Verwaltung zur Verteidigung des Landes und des Bündnisses kostete enorme Summen, die heute höher eingeschätzt werden als die reinen Militärausgaben, obgleich sie schwer zu verifizieren sind, weil vieles davon im zivilen Wirtschaftskreislauf abgerechnet wurde, und die der industriellen Reproduktion verloren gingen und die Disproportionen in der Volkswirtschaft vergrößerten. Die wirtschaftliche Krise der DDR und des gesamten Ostblocks hatte auch in der Hochrüstung und Kriegsvorbereitung des Paktes eine ihrer Ursachen.

Resümee

Aufs Ganze gesehen, machte die von der Sowjetunion geforderte „Operative Vorbereitung der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes“ das Territorium zum größten Aufmarsch-, Sammel- und Konzentrierungsraum für Truppen, Militärlogistik und Militärgerät seit dem Zweiten Weltkrieg.

Offensichtlich wurden zugleich die Auswirkungen eines Krieges auf die DDR, die Bevölkerung und die Truppe bewusst heruntergespielt. Es mag verblüffen, wie einfach das sowjetische Kriegsbild in den Übungen erscheint. Allein der Vorstoß zum Atlantik in bis zu 15 Tagen wirkt eher wie eine Marschübung als ein Krieg der beiden weltmächtigsten Militärkoalitionen unter Nuklearwaffenwirkung. Erwähnt sei, dass die verzögerte Gefechtsführung mit sich auf Verteidigungsstellung zurückziehenden Korps, wie sie die NATO bis zur Weser plante, in den untersuchten Übungen keine Rolle spielte. Ganz offensichtlich war die konventionelle sowjetische Kriegführung von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges geprägt. Zwar nahm man die Existenz von Kernwaffen zur Kenntnis, verdrängte jedoch die Wirkung ihres Einsatzes auch in der physisch-psychischen Wirkung auf die Truppen. Auffällig ist eine beachtliche Kluft bei der Einschätzung der Wirkung der eigenen Atomschläge und derjenigen der NATO. Während eigene Kernwaffen ganze Einheiten vernichteten, hatten NATO-Schläge auf die Truppenentfaltungen und den Angriff kaum Wirkung. Beim Kriegsspiel „Burja“ 1961 führten NATO-Nuklearschläge auf die ganze Front zum Ausfall von nur 7 Kompanien, 40 Panzern und einer Raketenabschussrampe⁴⁶. Marschall Sacharow hatte 1964 tatsächlich betont, dass gerade niedrig verseuchte Gebiete für den Angriff geeignet seien, weil hier kein zweiter Schlag zu erwarten sei⁴⁷. Das sowjetische Offensivkonzept sollte auf keinen Fall in Frage gestellt werden.

Im Zuge des Mitte der 1980er Jahre beginnenden Umdenkens setzten sich die Militärs auch angesichts der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl realistischer mit den Folgen eines Nuklearkrieges auseinander. Das Wettrüsten mit dem Ziel, einen Atomkrieg zu gewinnen, jedenfalls einen möglichen Krieg optimal vorzubereiten, hatte nicht nur die Verbündeten Moskaus, sondern insbesondere die Sowjetunion selbst wirtschaftlich schwer belastet. Dem trug Moskau mit der neuen Sicht auf einen künftigen Krieg Rechnung. Der Pakt setzte mit der neuen Militärdoktrin von 1987 auf eine Verteidigungsstrategie mit hinlänglichen Kräften und Mitteln unter Abschreckung durch einen möglichen Nuklearwaffeneinsatz⁴⁸. Nunmehr stand die Frontverteidigungsoperation im Mittelpunkt der Strategie des Paktes. Die Situation der DDR verbesserte sich damit jedoch nur unwesentlich, weil ihr

Territorium damit vom Operations- und Durchmarschgebiet nun zum unmittelbaren Gefechtsfeld und Kriegsgebiet mutierte.

- 1 Vgl. Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick. In: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Hrsg. von Torsten Diedrich u.a., Berlin 1998, S. 1-67.
- 2 Vgl. Bundesarchiv (BArch), DVW 1- 32660/e, o.B. Vortrag zu: „Aufbau und Charakteristik der Gruppe der Europäischen Kriegsschauplätze sowie der operative Ausbau des Zentralen Strategischen Raums und des Strategischen Raumes Ostseeaugänge“, Hauptstab, Abt. Grundsatzfragen 1980 Bl. 1-107, hier Bl. 7 f.
- 3 Vgl. auch Helmut R. Hammerich, Die Operationsplanung der NATO zur Verteidigung der Norddeutschen Tiefebene in den Achtzigerjahren. In: Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990. Hrsg. von Oliver Bange und Bernd Lemke, München 2013, S. 287-310, hier S. 290 f.
- 4 Auf dem westlichen TVD operierten 2 strategische Staffeln des Paktes, die im westlichen Verständnis als „operativ“ zu bezeichnen wären. Da die Betrachtung von der sowjetischen Militärdoktrin ausgeht, soll die Terminologie der WVO genutzt werden.
- 5 Vgl. Bundesarchiv–Militärarchiv Freiburg (im Folgenden BArch_MA), Bl. 1/ 4050, Aufzeichnungen des Generalinspektors der Bundeswehr bei der NORTHAG vom 28.1.1969. Danach ging der *Defense Plan* 1969 der Heeresgruppe Nord der NATO (NORTHAG) von einer ähnlichen Kräftekonzentration aus.
- 6 Nach sowjetischem Muster waren die Territorien der Warschauer Paktstaaten in Militärbezirke eingeteilt, die für die aktiven Truppenkontingente, die Mobilmachungsplanung und die Sicherstellung der Rekrutierung verantwortlich zeichneten.
- 7 Eine Front ist hier im Sinne von Heeresgruppe bzw. *Army Group* zu verstehen. Der Oberbefehlshaber einer Front verfügte im Unterschied Befehlshaber der *Army Group* über alle Teilstreitkräfte für die Frontoperation. Der Frontstab war anders als das Oberkommando auf dem Kriegsschauplatz ein nationaler sowjetischer Stab.
- 8 Vgl. BArch-MA, AZN 32614, Bl. 99 f. Diese Fronten wurden in einem geheimen zweiseitigen, dreistufigen strategisch-operativen Kriegsspiel des Oberkommandos der VSK vom 8.-18.5.1963 gespielt.
- 9 Vgl. http://www.isn.ethz.ch/php/documents/collection_1/docs/warplan1-engl.htm, PHP, Tschechoslowakischer Kriegsplan 1963. Drei Stoßrichtungen: Karlsruhe-Strasbourg-Chaumont; Fürth-Stuttgart-Dijon; Ulm-Freiburg-Besançon; von DDR aus Suhl Darmstadt und Suhl-Bamberg (GSSD).
- 10 Vgl. dazu Dieter Krüger, Brennender Enzian. Die Operationsplanung der NATO für Österreich und Norditalien 1951 bis 1960, Freiburg/Berlin/Wien 2010.
- 11 Die DDR besaß zwei Militärbezirke, die jeweils im Frieden 2 Motorisierte (Mot.) Schützendivisionen (vergleichbar westlichen Panzergrenadiern) und eine Panzerdivision unterhielten. Im Kriegsfall hatten beide Militärbezirke zunächst je zwei Mob.-Divisionen (Mot.) aufzustellen.
- 12 Vgl. Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991. Hrsg. v. Torsten Diedrich u.a., Berlin 2009; Dieter Krüger, Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991, Fulda 2013.
- 13 Zum Kriegsspiel „Troika“ vom 16.-21.1.1967 vgl. BArch-MA, VA-01, 18835, Bl. 1-702. Vgl. auch Torsten Diedrich, The German Democratic Republic. In: Blueprints for Battle. Planning for War in Central Europe, 1948-1968. Hrsg. v. Jan Hoffenaar und Dieter Krüger, Lexington/Ky. 2012, S. 175-201.
- 14 Vgl. Georg Bautzmann, Zu den Kriegsplanungen des Warschauer Paktes in den achtziger Jahren, Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der Quellenlage nach dem Ende der DDR. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik, 1, 1997, S. 279-299.
- 15 Das Bundesarchiv hat für die Dissertationen und Studien der Militärakademie Dresden einen eigenen Bestand (DVW 2-2/-...) gebildet. Hier finden sich Studien wie: Klaus-Peter Brenda, Die Planung, Organisation und Durchführung der materiellen Sicherstellung der Truppen in der Angriffsoperation einer Armee im Kampf um ein Ballungsgebiet, Dresden 1985; Hermann Dietrich, Die Möglichkeiten zur logistischen Unterstützung angespannter, langanhaltender Kampfhandlungen der NATO-Landstreitkräfte auf dem Zentraleuropäischen Kriegsschauplatz 1980-1990, Dresden 1983; Klaus Hannemann, Militärgeographische Untersuchungen der Cimbrischen Halbinsel in der jütlandischen Operationsrichtung und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für den Einsatz der taktischen Verbände der Landstreitkräfte, Dresden 1970.
- 16 Schon in der Kommandostabsübung *Burja* 1961 wurde deutlich, dass die LSK/LV nicht in der Lage waren nach Vorrücken der GSSD das gesamte Territorium der DDR zu decken. Zudem wurde deutlich, dass zur Unterstützung schon allein der GSSD eine Vielzahl von Verbänden und Einrichtungen der Rückwärtigen Dienste aufzustellen waren. Letztendlich war es notwendig bei dem hohen Personalbedarf infolge einer nuklearen Auseinandersetzung einen umfassenden Mobilmachungsplan zur Einberufung von Wehrpflichtigen wie zur Aktivierung der materiellen Versorgung aus der Wirtschaft zu erarbeiten. Zur Kommandostabsübung *Burja* vom 28.9.-10.10.1961 vgl. BArch-MA, VA-01, 6302, Bl. 1- 264.

- 17 Vgl. Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953 – 1971, Berlin 2002, S. 473-504.
- 18 Die Grenzen der Paktstaaten wurden dem sowjetischen Vorbild entsprechend nicht von einer Polizeiformation gesichert, sondern von militärisch ausgebildeten und bewaffneten Truppen. Die Grenztruppen der DDR gehörten bis 1974 zur NVA und wurden mit den beginnenden Gesprächen über Abrüstung und Entspannung zwischen Ost und West von der DDR offiziell als „nicht-militärische“ selbstständige Grenzsicherungsformation erklärt, die nicht Bestandteil der Truppenreduzierungsgespräche sein sollten. Die Unterstellung unter das Ministerium für Nationale Verteidigung blieb allerdings bestehen.
- 19 Vgl. Kurt Röhr/Günter Broschat, Die Heranführung der Truppen einer Armee an die Staatsgrenze zu Beginn eines Krieges, die Deckung der Heranführung und Entfaltung bei gleichzeitiger Sicherung der Staatsgrenze im Handlungstreifen der Armee“, Dissertation, Dresden 1969, S. 24.
- 20 Vgl. Harald Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen – Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt, Baden-Baden 1998, S. 31.
- 21 Vgl. BArch-MA, VA-01/ 18809, Bl. 1-372. MfNV, Hauptstab, Verwaltung Operativ, Ministerschulung vom 21.-28.1.1962.
- 22 BArch-MA, VA-01/ 18809, Bl. 16, Ministerschulung 1962.
- 23 Friedrich Dickel war 1962 in der NVA Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung für Technik und Bewaffung, Heinrich Heitsch Stellvertreter des Kommandeurs der Militärakademie Dresden und Kurt Wagner Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung für Ausbildung.
- 24 BArch-MA, VA-01/ 18809, Bl. 268, Ministerschulung 1962.
- 25 Vgl. BArch-MA, VA-01/ 18809, Bl. 267-276, Militärgographischer Auskunftsbericht über die Operationsrichtung Ruhr 1962 in der Ministerschulung.
- 26 BArch-MA, DVW 1/ 39483, Bl. 20, Protokoll der 26. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 25. März 1966, Analyse über das gemeinsame Manöver „Oktobersturm“.
- 27 Vgl. Herbstmanöver der Bundeswehr. Hrsg. v. Gerhard Brugmann, Buchholz 2004.
- 28 Vgl. dazu Zbigniew Moszumanski, Die Polnische Küstenfront auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, in: Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operativplanung des Warschauer Paktes. Hrsg. v. Rüdiger Wenzke, Potsdam 2010, S. 71-83.
- 29 Vgl. Winfried Heinemann, NVA-Pläne für die „Berlin-Operation, in: Streitkräfte der DDR und Polens, S. 61-70.
- 30 Vgl. BArch-MA, AZN 32 439, Bl. 2 f. Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Deutschen Demokratischen Republik in den Bestand der Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1986 – 1990 vom 05.12.1985.
- 31 Die Kampfgruppen zählten, über die Jahre schwankend, etwa 210 000 Mann, die ZV ca. 450 000 Angehörige beiderlei Geschlechts.
- 32 Die Volkspolizei verfügte über 175 000 Freiwillige Helfer, die Grenztruppen über 5 000.
- 33 Nach dem Volksaufstand von 1953 hatte die Staatspartei in der DDR ein Netz von Organisationen für die Innere Sicherheit geschaffen. Die bewaffneten Kampfgruppen sollten Streiks und Demonstrationen schon in den Betrieben unterbinden, die von „Innere Truppen“ in Bereitschaftspolizei umbenannten Eingreiftruppen der Polizei wurden für Wach- und Schutzaufgaben, z.B. die Absicherung von Großveranstaltungen, eingesetzt. Im Kriegsfall sollten sie sowohl Kampf- und Sicherungsaufgaben erfüllen als auch Unruhen und staatsfeindliche Aktionen der Bevölkerung verhindern.
- 34 Vgl. Rüdiger Wenzke, Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971, Berlin 2013, S. , S. 665-669.
- 35 Vgl. Im Dienste der Partei, S. 37f.
- 36 Vgl. BArch-MA, DVW 1/ 22120, Konsultation des OK der VSK mit dem MfNV vom 17.-21.03.1964.
- 37 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, Berlin (Ost) 1965, S. 44.
- 38 In den 1980er Jahren betrug der Bedarf an Betten in Reservelazaretten 192 700, darunter 77 Prozent aller verfügbaren Krankenhausbetten in der DDR. Vgl. Heiner Bröckermann, Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker 1971-1989, Berlin 2011, S. 780
- 39 Vgl. ebd.
- 40 Vgl. BArch-MA, AZN 32 439, Bl. 1-40. Protokoll vom 28.8.1970.
- 41 Die SPK war das wirtschaftliche Führungsorgan für die Planung und Lenkung aller Prozesse der Volkswirtschaft der DDR
- 42 Vgl. Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 53.
- 43 Vgl. dazu Torsten Diedrich, Die mysteriöse U-Boot-Waffe der DDR, in: 100 Jahre U-Boote in deutschen Marinen. Ereignisse – Technik – Mentalitäten – Rezeption. Hrsg. v. Stephan Huck, Bochum 2011, S. 81-91.
- 44 Vgl. Siegfried Schönherr, Rüstung in der DDR – Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme. Kann Rüstung zur Zeit des Kalten Krieges Lehren für die Gegenwart vermitteln?, Manuskript, Berlin 1997, S. 23 f.
- 45 Vgl. Rainer Karlsch, Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte, Berlin 2007, S. 260 f.
- 46 Ausgewertet wurden die Übungen: Kommandostabsübung (KSÜ) Militärbezirk (MB) V 1958, operativstrategisches Kriegsspiel VSK 1961 „Burja“, Ministerschulung Kriegsspiel Januar 1962, Oktobersturm 1965, Moldau 1966, Troika 1967, Bulgarien 1967, Barriere-S 1969.

- 47 Marschall Sacharow (Chef der Militärakademie des Generalstabes) in einem Vortrag über die Konsequenzen des Kernwaffeneinsatzes durch die NATO im Kernwaffenkrieg (Vortragstext im Besitz des Autors).
- 48 Vgl. dazu Siegfried Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, hrsg. vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam 2013.